

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Manfred Ländner

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Katharina Schulze

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Dr. Florian Herrmann

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Bayerns erfolgreicher Kampf gegen die Einbruchskriminalität - vorbildliche
Arbeit unserer Polizei!"**

Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Ländner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Innere Sicherheit – ein Kernanliegen der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Das ist in diesem Hohen Haus sicherlich keine Neuigkeit. Es ist richtig und wichtig, dass sich der Bayerische Landtag immer wieder mit den Herausforderungen beschäftigt, die der Erhalt der inneren Sicherheit mit sich bringt. Dabei gilt es, die Ist-Situation zu analysieren, aber durchaus auch die Erfolge, die wir in diesem Bereich erzielt haben, hervorzuheben.

In den vergangenen Jahren haben sich die Einbruchsdiebstähle zunehmend zu einem Problem in unserem Land entwickelt. Der daraus resultierende Schaden ist immens; er geht in den zweistelligen Millionenbereich. Es geht aber auch um die emotionalen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, die Opfer einer solchen Straftat werden. Nicht zuletzt wird die Sicherheit unserer gewerblichen Wirtschaft berührt; denn auch in unseren Gewerbegebieten haben Einbruchsdiebstähle immense Schäden zur Folge.

Sehr geehrte Damen und Herren, was heißt das für uns? – Wir müssen uns diesem Thema in seiner Gesamtheit widmen. Wenn wir heute in diesem Hohen Haus die Situation im Zusammenhang mit den Einbruchsdiebstählen in Bayern thematisieren, dann wollen wir damit nicht nur eine Bestandsaufnahme verbinden, sondern wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern das Signal geben, dass wir das Problem sehr ernst nehmen. Wir jedenfalls werden alles, was in unserem Vermögen steht, tun und in unserem Bemühen nicht nachlassen, auch diese Form der Kriminalität zu bekämpfen.

Noch vor einigen Jahren, bis zur Vorstellung der Kriminalstatistik 2014, mussten wir mit großer Sorge beobachten, dass es auch bei uns in Bayern immer mehr Einbruchsdiebstähle gab. Es war richtig und wichtig, dass seitens der Polizei bzw. des Innenministeriums – mit Begleitung und Zustimmung des Innenausschusses des Bayerischen Landtags – verschiedene Weichenstellungen vorgenommen worden sind. Es gab Schwerpunktaktionen, mobile und stationäre Kontrollen sowie eine verstärkte Überwachung von Wohngebieten, aber auch von Gewerbegebieten. Seit Oktober 2014 wird in München und Mittelfranken in einer Testphase die Prognosesoftware PRECOBS eingesetzt. Bereits in den ersten Monaten nach Beginn des Einsatzes ging die Zahl der Einbruchsdiebstähle in der Landeshauptstadt München um 42 % und in Nürnberg um 17,5 % zurück. Ich betone, es gab einen Rückgang der Einbruchsdiebstähle!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben die internationale Zusammenarbeit verbessern können. Wir sind in konkreten Gesprächen mit Österreich, Bulgarien, Rumänien und Serbien, um gemeinsame Lagebilder zu erstellen, Reisewege von Tätern zu ermitteln und Absatzwege von Diebesgut festzustellen. Wir können bereits effektive Ermittlungsinstrumente einsetzen, fordern aber – dazu wird anschließend von weiteren Rednern Näheres ausgeführt – eine Verbesserung der Telekommunikationsüberwachung. Dies ist notwendig. Einen entsprechenden Antrag haben wir in den Bundesrat eingebracht.

Prävention und Aufklärung sind wesentliche Elemente unseres Katalogs zur Bekämpfung der erwähnten Straftaten. Ich darf die Zahl 44 nennen: Derzeit bleiben 44 % aller Einbrüche in Bayern bereits im Versuchsstadium stecken. Auch das ist ein Erfolg unserer Bemühungen um Prävention und Aufklärung. Damit tragen wir zu einer besseren Sicherung des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger bei. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind dank der geschilderten Maßnahmen erfolgreich. Herr Innenminister, ich darf auch Ihnen persönlich recht herzlich dafür danken, dass Sie sich an vorderster Front eingebracht haben, als es darum ging, diese Maßnahmen umzusetzen. Im Gegensatz zum bundesweiten Trend konnten wir bei der Vorstellung der Kriminalstatis-

tik 2015 zum ersten Mal seit einigen Jahren eine rückläufige Entwicklung der Fallzahlen in Bayern feststellen. Im vergangenen Jahr gab es 8,9 % weniger Wohnungseinbrüche als im Jahr 2014. 44 % der Fälle blieben unvollendet. Die Aufklärungsquote bei Einbruchsdiebstählen konnte in Bayern auf 15,9 % verbessert, die Schadenssumme durch Einbrecher minimiert werden; sie ging von 33,3 Millionen Euro auf 23,8 Millionen Euro zurück. Gleichwohl – ich wiederhole es – verdienen auch die emotionalen Belastungen durch Wohnungseinbrüche unser Augenmerk. Dank des enormen Fahndungsdrucks der bayerischen Polizei konnten weitere Festnahmen getätigt werden. Insgesamt darf ich feststellen, dass die angeordneten Maßnahmen, insbesondere aber die Motivation unserer hoch engagierten und professionell arbeitenden Beamtinnen und Beamten der bayerischen Polizei die Stagnation bzw. den Rückgang der Fallzahlen bewirkt haben.

Sie gestatten mir sicherlich, dass ich am Ende meiner Ausführungen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Freistaates Bayern ein herzliches Wort des Dankes sage. Wir haben deutschlandweit ein einmalig hohes Niveau an innerer Sicherheit erreicht. Diese Feststellung gilt auch in Bezug auf die Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Unser hohes Sicherheitsniveau gilt es zu halten. Wenn das Hohe Haus durch Gewährung der entsprechenden Mittel unterstützend wirkt, werden wir auch in Zukunft Erfolge feiern können.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Professor Dr. Gantzer für die SPD-Fraktion. Zehn Minuten sind für Sie beantragt worden, Herr Kollege. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Natürlich weiß auch die SPD-Fraktion, welche hervorragende Arbeit unsere bayerische Polizei leistet. Ich sage in diesem Zusammenhang, dass es mich sehr getroffen hat, als ich heute von dem feigen, hinterhältigen Attentat auf einen französischen Polizei-

beamten und dessen Lebensgefährtin gelesen habe. Das ist mir sehr nahegegangen. Wir wissen, unter welchen Umständen unsere Polizei arbeiten muss.

Zum Thema selbst. – Es ist richtig, dass die Einbruchszahlen in Bayern im vergangenen Jahr gesunken sind. Richtig ist aber auch, dass wir von 2010 bis 2014 allein in Bayern eine Steigerung um 28,6 % verzeichnen mussten. Auch wenn Sie von der CSU jetzt so tun, als ob in Bezug auf den Rückgang der Einbruchskriminalität eine Schwalbe schon den Sommer herbeigeführt habe, bleibe ich misstrauisch. Ich weiß zwar, dass wir in Bayern einen guten Sicherheitsstandard haben. Die Belastung im Bund ist dreimal so hoch wie in Bayern. Wir müssen aber auch sehen, dass Wohnungseinbrüche eine ganz besondere Deliktsform sind. Deswegen gefällt mir das Thema so, wie Sie es gefasst haben, nicht ganz so gut. Wichtig ist, dass wir uns dieses Themas annehmen; denn – das hat Herr Ländner schon gesagt, und ich betone es noch einmal – bei den Einbrüchen geht es nicht nur um den materiellen Schaden, den Schaden an den Fenstern und Türen oder den Schaden durch den Diebstahl selber, sondern Einbrüche führen sehr häufig zur Traumatisierung der Opfer. Die Opfer fühlen sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Viele Opfer ziehen nach einem Einbruch um. Sie sagen: Ich kann in dieser Wohnung nicht mehr leben, in dieser waren fremde Leute, Einbrecher.

Deswegen sind die polizeilichen Maßnahmen, die Herr Ländner angesprochen hat, richtig. Erstens müssen wir den Ermittlungs- und Fahndungsdruck verstärken. Dazu gehört auch PRECOBS. Diese Software ist durch die Near-Repeat-Theorie begründet. Danach ist in einem Gebiet, in dem Einbrüche stattgefunden haben, damit zu rechnen, dass in nächster Zeit wieder Einbrüche stattfinden werden. Das haben wir schon im Innenausschuss zum Thema gemacht.

Zweitens müssen wir selbstverständlich die nationale und internationale Zusammenarbeit vertiefen. Wir begrüßen die Kooperation mit Baden-Württemberg. Wir begrüßen das erwähnte EU-Projekt DPCP, das Danube Property Crime Project, wobei ich aber sagen muss: Bei diesem Projekt mit den Donau-Anrainerstaaten wird so getan, als

würden die Einbrecher aufs Schiff gehen und das Hehlergut die Donau hinunter verschiffen. So ist es nicht. Bei diesem Projekt – das habe ich schon thematisiert – fehlen Albanien und Georgien. Nach der Straftäterhäufigkeit sind die Georgier, die bei uns durchs Land reisen, eigentlich die Allerschlimmsten. Ich begrüße es aber, dass unser Innenminister mit dem Innenminister von Georgien ein Gespräch geführt und dieses Problem thematisiert hat.

Wir stellen fest, dass bei der Einbruchskriminalität die Hälfte der Täter eine ausländische Staatsangehörigkeit hat und dass sie reisende Täter aus den ehemaligen Ostblockstaaten sind. Die Tatausführung entspricht auch diesem Täterbild. Die Schwerpunkte der Einbrüche liegen häufig in der Nähe von Bundesautobahnauffahrten. Die Täter wollen schnell einbrechen, schnell einsammeln und abhauen. Deswegen frage ich: Ist denn das Thema der Aktuellen Stunde in Anbetracht dessen, dass wir es hier mit einer ganz speziellen Kriminalitätsform zu tun haben, richtig gefasst?

Wohnungseinbruch ist nicht vergleichbar mit anderen Kriminalitätsformen wie zum Beispiel Betrug, Urkundenfälschung oder mit Verkehrsdelikten. Das Spezielle der Einbruchstätigkeit besteht darin, dass der Täter jede Gewalt gegen Personen ablehnt. In der Regel sucht er sich Objekte aus, von denen er annimmt, dass sie zwar bewohnt, im Augenblick aber leer sind, weil die Eigentümer oder Mieter gerade bei der Arbeit oder beim Einkaufen sind. Dort bricht er ein, und dabei ist die Schnelligkeit das Entscheidende für ihn. Er bricht ein, macht einen Rundgang durch die Wohnung, nimmt alles, was er für wertvoll hält, mit und ist dann auch schon auf der Flucht.

Deswegen sage ich: Unsere Polizei leistet eine vorbildliche Arbeit; das ist aber bei der Einbruchskriminalität nicht das Entscheidende. Ich habe eben geschildert, wie Einbrüche passieren. Das verdeutlicht, dass wir uns nicht darüber wundern müssen, dass die Aufklärungsquote so schlecht ist. Wir haben in Bayern insgesamt eine hervorragende Aufklärungsquote. Zwei Drittel aller Delikte in Bayern werden aufgeklärt. Bei der Einbruchskriminalität liegt die Aufklärungsquote aber unter 20 %. Das ist die Folge dieser speziellen Deliktart. Daher sage ich: Das Thema ist deswegen gut, weil wir damit die

Leute motivieren können, etwas für sich selbst zu tun. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität kann die Polizei nicht alleine leisten. Das müssen wir einfach und klar sagen. Wir können nicht vor jedes Haus einen Polizeibeamten stellen. Das heißt, dass gerade bei dieser Deliktsform die Eigensicherung des Bürgers besonders gefragt ist. Ohne Selbsthilfe des Bürgers läuft gar nichts.

Vorhin ist gesagt worden, dass in Bayern 44 % der Taten im Versuchsstadium stecken bleiben. Bundesweit sind es 40 %. Das liegt daran, dass diejenigen, die von Einbrüchen verschont geblieben sind, es dem Einbrecher durch eigene Sicherheitseinrichtungen unmöglich gemacht haben, in die Wohnung zu kommen. Deswegen haben wir im Innenausschuss auch beantragt, dass man Investitionen für Sicherheitsmaßnahmen stärker fördern soll. Bis jetzt bekamen Sie einen Zuschuss von mindestens 2.000 Euro, wenn Sie zu Hause eine Alarmanlage für 20.000 Euro oder mehr eingebaut haben. Das waren Sicherheitsmaßnahmen für die Betuchten. Wir wollen, dass sich jeder Bürger durch einen einfachen Riegel schützen kann. Deswegen hatten wir beantragt, die Summe für die Bemessung der Förderung herabzusetzen. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Was las ich vor vier Wochen in der Zeitung? – Die Große Koalition hat jetzt beschlossen, auch kleine Sicherungsmaßnahmen zu bezuschussen.

(Beifall bei der SPD)

Das halte ich für besonders wichtig. Wir wissen, dass 80 % aller Wohnungseinbrüche durch die Wohnungstür gehen. Wenn man sich einen Riegel anschafft, verhindert man Einbrüche, weil der Profi sofort sieht, dass er mit seinem Stemmeisen nicht durch die Tür kommt, wenn dort ein Riegel angebracht ist.

Deswegen hatten wir auch beantragt, eine Aktion mit dem Titel "Riegel Dich Sicher!" durchzuführen. Wir wollen an die Bürgerinnen und Bürger herantreten und ihnen sagen, wie wichtig eigene Maßnahmen sind. Diesen Antrag zur Aktion "Riegel Dich Sicher!" haben Sie abgelehnt. Wenn ich sehe, wie Einbrüche stattfinden und wie es in anderen Ländern aussieht, würde ich sagen: Bayerns erfolgreicher Kampf gegen die

Einbruchskriminalität sollte in erster Linie zum Ziel haben, dass wir die Bürger besser aufklären. Wenn ich sehe, welche Aufklärung Baden-Württemberg leistet, stelle ich im Vergleich dazu in Bayern noch weiße Flecken fest.

Wir haben auch nicht genügend Beratungsstellen bei der Polizei. Für die Beratung muss viel mehr getan werden, damit der Bürger weiß, dass er sich jederzeit an die Polizei wenden kann. Wir haben bei den Präsidien zwar gute Beratungsstellen. Rufen Sie aber einmal an, Herr Minister, und lassen Sie sich einen Termin geben. Sagen Sie aber nicht, dass Sie der Innenminister sind, sondern sagen Sie einfach, dass Sie einen Beratungstermin haben möchten. Dann bekommen Sie in vier bis acht Wochen einen Termin.

Hinzu kommt – darüber sollten wir den Bürger auch aufklären: Der Bürger muss aufmerksam sein. Neudeutsch heißt das Neighbourhood Watch. Ich würde es Nachbarschutz nennen. Die Nachbarn müssen sich gegenseitig schützen. Wenn ihnen etwas merkwürdig vorkommt, müssen sie im Zweifel – auch das weiß der Bürger noch nicht – die Nummer 110 anrufen. Immer wenn ich bei meinen Vorträgen über dieses Thema spreche, fragen mich die Bürger: Was, ich soll die 110 anrufen? Das ist doch ein Notruf. – Darauf sage ich: Einbruch ist auch eine Not, und da dürfen Sie die Polizei anrufen. – Die meisten Bürger wissen das aber nicht.

Ich fasse zusammen: Wenn wir die Einbruchskriminalität besser bekämpfen wollen, können wir das nicht ausschließlich der Polizei überlassen. Wenn wir die Einbruchskriminalität besser bekämpfen wollen, ist der Bürger genauso gefragt wie die Polizei. Deswegen müssen wir den Bürger besser aufklären. Es scheint mir ein wesentlich besserer Beitrag zu sein, die Einbruchskriminalität zu vermeiden, als die Polizei mit zusätzlichen Streifen zu belasten. Deswegen, Herr Innenminister: Riegeln Sie uns sicher!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt Herr Kollege Hanisch das Wort. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Ihrer Aktuellen Stunde ist eigentlich Schnee von gestern. Das haben wir schon vor sechs oder acht Wochen im Innenausschuss mitgeteilt bekommen. Die Aktualität erschließt sich mir deshalb nur sehr mäßig.

(Widerspruch des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Doch, so ist es, Herr Ländner. Vielleicht haben Sie in der Sitzung nicht aufgepasst. Die Zahlen sind uns vor acht Wochen im Innenausschuss genannt worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir hier im Hohen Hause sind uns doch alle einig, dass Bayern in Bezug auf die Sicherheit die Nummer eins unter allen Bundesländern ist. Das bestreitet niemand. Die bayerische Polizei leistet hervorragende Arbeit. Anders wäre es auch nicht möglich, den Platz Nummer eins einzunehmen; daher verstehe ich eigentlich die Wahl des Themas dieser Aktuellen Stunde nicht. Dennoch will ich versuchen, das Ganze etwas näher zu beleuchten. Zuallererst geht ein ganz herzliches Dankeschön unserer Fraktion an die Polizei für ihre hervorragende Arbeit, ohne die wir die gute Sicherheit in Bayern nicht hätten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, betrachten wir einmal die Einbruchzahlen. Sie sind in den letzten vier, fünf Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch das ergibt sich aus der Statistik. Im Jahr 2015 ist eine Kehrtwende gelungen. Die Zahlen, die uns für dieses Jahr vorliegen, weisen eine Besserung auf. Das ist also tatsächlich ein Erfolg. Das haben alle Fraktionen in den Beratungen des Innenausschusses auch so gesehen. Wenn heute so getan wird, als wäre das etwas ganz Neues und als hätte man das nicht gewusst,

erstaunt mich das. Aus meiner Sicht ist deshalb das Thema für diese Aktuelle Stunde nicht so aktuell. – Für mich ist jeder Einbruch ein Einbruch zu viel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben immerhin noch 7.480 Delikte im Jahr. Bei der Aufklärungsquote stehen wir gut da, wie Herr Ländner bereits dargelegt hat. Das können und müssen wir als Erfolg verkaufen. Aber es gibt immer noch unendlich viele Einbrüche.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal nur die Zeitungen vom heutigen Tag an. Darin werden Zahlen des Innenministeriums zur Situation des Links- und Rechtsradikalismus veröffentlicht. Das sind erschreckende Zahlen. Ich meine, diese Zahlen geben uns keinen großen Anlass zum Feiern. Da haben wir nach wie vor Riesenprobleme, die wir in den Griff bekommen müssen. Da müssen wir etwas tun.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, dass in den letzten 20 Jahren noch nie so viele Sicherheitsdienste in Anspruch genommen wurden wie zurzeit. In der heutigen Presse wird vermeldet, dass noch nie so viele Schreckschusswaffen und Tränengaswaffen verkauft wurden wie zurzeit. Das bedeutet doch, dass das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß ist. Die positiven Zahlen, die wir jetzt beim Einbruchdiebstahl haben, müssen wir einfach besser verkaufen. Herr Professor Dr. Gantzer hat die Telefonnummer "110" erwähnt. Auch das müssen wir bei der Bevölkerung stärker bekannt machen. Die Polizeidirektion Oberbayern Süd hat dazu eine Aktion gestartet. Ich glaube, es wäre der richtige Weg, diese Nummer einfach bekannter zu machen; wir müssen der Bevölkerung klarmachen, dass man nicht Angst davor haben muss, diese Nummer anzurufen; lieber sollte man diese Nummer 110 fünfmal umsonst anrufen, als einmal zu wenig. Das müssen wir ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben diese PRECOBS-Untersuchung durchgeführt. Sie hat allein in München zu einer Reduzierung der Einbrüche um 42 % geführt und in Nürnberg um 17,5 %. Das ist also der richtige Weg. Wir fordern seit Jahren einen schnelleren und besseren Informationsaustausch unter den Ländern, auch im europäischen Bereich. Wir fordern eine gemeinsame Täterfahndung der Länder; wir fordern, Reisewege und Bandenstrukturen zu rekonstruieren, und wir sind für eine länderübergreifende Fahndung an den Grenzen.

Unbestritten ist, dass – seit wir hier im Landtag vertreten sind, fordern wir mehr Polizei – viele nur durch eine verstärkte Polizeipräsenz in der Fläche und durch vermehrte Autostreifen von Einbrüchen abgeschreckt werden. Wir brauchen also mehr Prävention durch die Polizeipräsenz in der Fläche, und wir brauchen mehr Streifenfahrten und eine intensivere Schleierfahndung, also insgesamt mehr Polizei. Das fordern wir immer wieder. Bei allen Erfolgen, die wir zu verzeichnen haben, reicht das Personal allerdings immer noch nicht, nachdem in naher Zeit starke Jahrgänge bei der Polizei in Pension gehen. Aus diesem Grunde müssen wir vorbeugend mehr Polizei rekrutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir fordern Aufklärung durch modernste Sicherheitstechnik. Wir fordern mehr Öffentlichkeitsarbeit sowie eine verhaltensorientierte Prävention.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist seit 2010 stark gestiegen, hat im Jahre 2014 einen traurigen Rekord erreicht und ist dann 2015 zum Glück wieder ein bisschen gesunken.

Dennoch kann man nicht von einer Entlastung sprechen; denn 7.480 Fälle im Jahre 2015 sind immer noch zu viel.

Schon von meinen Vorrednern wurde angesprochen, dass vor allem die niedrige Aufklärungsquote das große Problem ist. Wir haben bei unserem GRÜNEN-Polizeikongress vor zwei Wochen mit 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch über dieses Thema gesprochen. Uns allen ist klar, dass Wohnungseinbrüche besonders belastend sind; denn dabei geht es nicht nur um den materiellen Schaden. Ebenso – manchmal noch schlimmer – ist das Gefühl zu wissen: Da war jemand in meinen vier Wänden, in meiner Wohnung, in meinem Haus, da hat jemand meine Sachen durchwühlt, hat sich möglicherweise private Erinnerungsstücke angesehen, wenn nicht sogar mitgenommen. Jeder von Ihnen, der schon einmal einen Wohnungseinbruch selbst miterlebt hat oder aus dem näheren Bekannten- bzw. Freundeskreis erfahren hat, weiß, welche Spuren so etwas bei den Menschen hinterlässt. Darum ist uns GRÜNEN klar: Wir müssen verstärkt gegen Wohnungseinbrüche vorgehen. Dazu gehört, dass wir genug personelle Ressourcen bei der Polizei für dieses Deliktfeld haben. – Ja, auch wir GRÜNEN sagen herzlichen Dank für die gute Arbeit der bayerischen Polizei. Aber das allein reicht den bayerischen Polizistinnen und Polizisten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben den Neueinstellungen müssen wir auch sehen, wie wir die Polizistinnen und Polizisten von anderen Aufgaben entlasten, damit sie genug Ressourcen für die drängenden Probleme haben, die wir hier in Bayern verzeichnen. Außerdem brauchen wir kriminalistisch gut ausgebildetes Personal für eine qualifizierte Tatort-, Ermittlungs- und Analysearbeit. All diese Forderungen haben wir auf unserem GRÜNEN-Polizeikongress erhoben.

Neben der Men- and Womenpower bei der Polizei muss man natürlich auch noch andere Bereiche bei der Polizei angehen. Einige wurden von meinen Vorrednern bereits genannt. Wenn ich aber an das Thema Strafverschärfung, das nach dem Vorschlag

der CSU jetzt durch die Presse geistert, denke, muss ich schon den Kopf schütteln; denn wer glaubt, durch Strafverschärfung eine abschreckende Wirkung zu erzielen, versteht, ehrlich gesagt, von Kriminalwissenschaft nicht viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Herrmann, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass sich kein Einbrecher von einem geplanten Einbruch abhalten lassen wird, nur weil der minder schwere Fall aus dem Gesetz gestrichen wird. Dafür gibt es keine empirischen Belege. Symbolpolitik ist es, wenn der Justizminister den Wohnungseinbruch künftig in den Katalog von § 100a StPO aufnehmen möchte; denn Bandendiebstahl steht bereits im Katalog, und die Überwachung der telefonischen Kommunikation von Banden, die Einbrüche begehen, ist bereits gegeben. Das wissen Sie selbst doch auch, Herr Herrmann. Also, länger Rede kurzer Sinn: Strafverschärfungen auf diesem Feld sind nicht der richtige Weg.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Wir GRÜNEN fordern ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen Einbruchskriminalität. Da beginnen wir mit der Intensivierung von Präventionsmaßnahmen. Wir wissen alle: Je einfacher es den Tätern gemacht wird, desto eher kommt es auch zum Einbruch. Darum muss der technische Einbruchsschutz verbessert werden, und natürlich muss auch die Bevölkerung darüber aufgeklärt und informiert werden. Außerdem benötigen wir genug personelle Ressourcen bei der Polizei für dieses Deliktfeld. Sich auf einer Prognosesoftware auszuruhen, reicht in unseren Augen nicht. Ganz abgesehen davon – das hatten wir im Innenausschuss schon behandelt – haben wir bei dem PRECOBS-Testlauf auch noch einige Zweifel. Die Zahlen müssen wir uns noch genauer ansehen. Bisher zeigen die Ergebnisse, dass es, wenn überhaupt, in Städten funktionieren könnte.

Aber man muss sich immer auch noch ansehen, ob es auch noch andere Maßnahmen gibt, aufgrund derer die Zahl der Einbrüche so weit zurückgegangen sind. Wahrscheinlich lag es auch daran, dass gewisse Wohngebiete verstärkt bestreift wurden

und dort mehr Polizeipräsenz auf der Straße ist. Dann kommt es natürlich zu weniger Einbrüchen. Das ist wiederum ein Argument für mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema internationale Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg wurde schon angesprochen. Auch das unterstützen wir GRÜNE. Wir glauben, dass der Informationsfluss da noch viel besser werden muss.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Ansatz in die Debatte einbringen, den noch niemand genannt hat. Das ist der Multi-Agency-Ansatz. Wir müssen uns auch ein bisschen genauer mit dem sozialen Gefüge beschäftigen – Drogenabhängigkeit, Spanne zwischen Arm und Reich –; denn kriminologische und auch sozialwissenschaftliche Forschungen zeigen deutlich, dass die Bereiche Soziales, Gesundheit, Schule, Bildung, Polizei und Justiz gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten müssen und dass dieser gemeinschaftliche Ansatz als besonders effektiv und effizient bei der Analyse und Prävention gilt. So würden wir auch endlich mehr Daten über dieses Deliktfeld bekommen; denn das habe ich auch schon im Innenausschuss bemängelt: Wir haben einfach noch ein zu großes Dunkelfeld beim Täterprofil und insgesamt bei diesem Phänomen. Wir GRÜNE schlagen vor, dass dort auch die Forschung und Analyse intensiviert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All diese Punkte müssen angegangen werden, damit die Wohnungseinbrüche in Bayern weiter zurückgehen. Wir GRÜNE werden uns im Bayerischen Landtag dafür weiter einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor ich in der Rednerliste weiterfahre, darf ich einen Besuch begrüßen. Im März 2016 waren die frauenpolitischen Spreche-

rinnen der Fraktionen Frau Kollegin Dr. Strohmayr, Frau Kollegin Schorer-Dremel, Frau Kollegin Claudia Stamm und Frau Kollegin Gottstein bei der Weltfrauenkonferenz. Wir haben heute auf Einladung unserer Kolleginnen den Gegenbesuch hier, und ich darf Frau Indira Ranamagar ganz herzlich bei uns begrüßen. Herzlich willkommen bei uns! Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich fortfahren. Für die CSU-Fraktion spricht Frau Kollegin Guttenberger. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung ist einer zu viel. Da stimmen wir vollkommen überein. Dass gerade Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung ein besonderes Delikt ist, weiß wohl jeder. Jeder, der einmal mit jemandem gesprochen hat, der miterleben musste, dass unten eingebrochen wurde, während oben seine Kinder schliefen, oder der nach Hause kam und bemerkt hat, dass der Einbrecher gerade erst über die Terrassentür gegangen ist, wird verstehen, welch tiefes Gefühl der Verunsicherung sich dadurch ergibt, dass gerade die geschützte Privatsphäre tangiert wurde, dass man plötzlich Erinnerungsstücke nicht mehr hat, dass man Geld nicht mehr zur Verfügung hat, das entwendet wurde, und dass vieles in der Wohnung zerstört wurde. Da geht es nicht nur um den materiellen, sondern auch um den immateriellen Schaden, der bei manchen Menschen zu jahrelangen Panikattacken und Ähnlichem führt. Das ist also wirklich ein sehr schweres Delikt, ein Delikt mit einem sehr hohen Unrechtsgehalt. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige Einstufung der Deliktsqualität für uns nicht mehr akzeptabel.

Zur Erinnerung: Bereits 1998 wurde, einem früheren Gesetzesantrag aus Bayern folgend, der Wohnungseinbruchsdiebstahl mit einem doppelt so hohen Strafmaß belegt wie der einfache Diebstahl. Gegen den Willen Bayerns wurde dann allerdings 2011 ein minder schwerer Fall in diesem Bereich eingeführt. Nachdem sich 2015 eine deutliche

Zunahme gerade im Bereich des Wohnungseinbruchs abgezeichnet hat, gab es im Bundesrat einen erneuten bayerischen Entwurf für eine Änderung des Strafgesetzbuchs, der allerdings – das verhehle ich auch nicht – im März 2015 abgelehnt wurde. Schade; denn ich bin der Ansicht, dass man hier ganz offensichtlich die Schwere des Problems deutlich unterschätzt hat. Deshalb sind wir der Ansicht: Um effektiv vorgehen zu können, brauchen wir auch eine Änderung im Strafrecht und im Strafprozessrecht. Herr Professor Gantzer hat vorhin gesagt, die Polizei leiste eine hervorragende Arbeit. Dem stimme ich vollumfänglich zu und sage herzlichen Dank. Aber die Polizei braucht auch die richtigen Instrumente, um noch konsequenter und effektiver vorgehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Deshalb wollen wir zum einen, dass Wohnungseinbruchsdiebstähle nicht mehr als sogenannte minder schwere Fälle geahndet werden können. Wir wollen also die Rechtslage vor 2011 wiederhergestellt haben.

Konsequenterweise soll zum anderen der minder schwere Fall des bandenmäßig begangenen Wohnungseinbruchsdiebstahls nach § 244a abgeschafft werden. Um die Strafverfolgung verbessern zu können, soll der Wohnungseinbruchsdiebstahl in den Kreis der schweren Straftaten nach § 100a StPO aufgenommen werden; denn nur dann kann man auch eine Telekommunikationsüberwachung durchführen. Die Behauptung, es sei doch alles geregelt, bei bandenmäßig durchgeführtem Wohnungseinbruchsdiebstahl gehe das schon, ist richtig. Allerdings ist es dem betroffenen Bürger, bei dem eingebrochen wird, relativ egal, ob das durch eine Einzelperson, zwei Personen oder durch mindestens drei Personen geschieht; denn dann kann man den Begriff der Bande anwenden. Das ist also ein Argument, das überhaupt nicht verfängt.

Es zeigt sich, dass die Ermittlung und die Strafverfolgung gerade bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen besonders schwierig sind. Deshalb halten wir es für unerlässlich, dass eine Aufnahme in den Katalog des § 100a StPO erfolgt; denn nur dann hat

die Polizei auch das Instrument, um nachzuforschen: Wer hat denn von diesem Tatort mit wem kommuniziert, wann hat er kommuniziert und Ähnliches. Deshalb ist das für uns die Grundvoraussetzung, um hier effektiv gegen die bestehenden Probleme vorgehen zu können. Zu behaupten, es sei alles geregelt, weil es bei Banden geregelt ist, ist eben gerade nicht richtig; denn dann müsste das zu Beginn der Anordnung feststehen. Wie gesagt, unseren Bürgerinnen und Bürgern muss umfassender Schutz gewährleistet werden. Deshalb fordern wir auch, dass uns die Opposition intensiv bei diesen Änderungen im Strafprozessrecht und im Strafrecht unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Dr. Herrmann das Wort erteilen. Herr Kollege, zehn Minuten haben Sie noch. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erfolge bei der Bekämpfung der Einbruchsdiebstähle sind wieder ein gutes Beispiel und ein Beleg dafür: In Bayern leben heißt sicherer leben.

Es ist schon bemerkenswert: Deutschlandweit steigen die Zahlen bei den Einbruchsdiebstählen nach wie vor an. Nur in Bayern gelingt es, das Phänomen in den Griff zu bekommen. Wir hatten schon vor vielen Jahren und viele Jahre lang sehr niedrige Zahlen bei den Einbruchsdiebstählen. Wir hatten dann zwar einen gewissen Anstieg zu verzeichnen, aber es spricht viel dafür, dass wir die Trendwende erreicht haben. An dieser positiven Zwischenbilanz kann man sehr gut ablesen: Nur mit einer über Jahre hinweg konsequenten Politik der inneren Sicherheit kann man nachhaltig für innere Sicherheit sorgen. Das geht nicht mit hektischen Schnellschüssen, und das geht auch nicht, indem man Forschungsinstitute gründet, sondern nur dann, wenn man über Jahrzehnte hinweg mit Nachdruck eine konsequente Politik der inneren Sicherheit verfolgt.

Was ist das bayerische Erfolgsrezept? Was meinen wir mit "konsequenter Politik der inneren Sicherheit"? – Ich meine damit die robuste bayerische Sicherheitsarchitektur insgesamt. Diese hat vier starke Säulen: erstens einen klaren und konsequenten sicherheitspolitischen und rechtspolitischen Kurs der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion seit vielen Jahrzehnten; zweitens eine hohe Zahl von exzellent ausgebildeten und fortgebildeten Polizistinnen und Polizisten, drittens eine exzellente Sachausstattung und viertens einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. – Das Rückgrat der Sicherheitsarchitektur ist dabei der klare Kurs. Er beginnt mit der Prämisse "Freiheit braucht Sicherheit". Für uns ist das Grundrecht auf Sicherheit die Grundvoraussetzung für Freiheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Politik der CSU hat Freiheit und Sicherheit nie als zerstrittenes Geschwisterpaar oder gar als ferne Verwandte gesehen, sondern als zwei zentrale Säulen unserer Gesellschaft, die man als Symbiose verstehen muss. Daher gilt: Freiheit braucht Sicherheit. Dieser Grundgedanke findet sich als Leitmotiv in allen rechts- und sicherheitspolitischen Entscheidungen wieder.

Ein wichtiges Element ist dabei die Null-Toleranz-Strategie. Rechtsverstöße werden in Bayern konsequent verfolgt und geahndet – also eine konsequente Normendurchsetzung. "Wehret den Anfängen", könnte man auch sagen. Diese Antwort geben wir auch der SPD, wenn sie immer wieder die Bagatellisierung von bestimmten Delikten wie zum Beispiel Ladendiebstählen fordert. Auch wenn dort der Schaden vielleicht gering ist und es nicht so emotional wie beim Wohnungseinbruch zugeht, so geht es doch um eine Eigentumsverletzung und nicht um eine Parkzeitüberschreitung. Daher ist die richtige Antwort des Staates: Strafe und nicht Einstufung als Ordnungswidrigkeit.

Vertrauen statt Misstrauen ist unsere Devise. Das heißt, dass die Politik wie eine Eins hinter den Beamtinnen und Beamten steht. Einen Minister, der sich nach der Silvesternacht in Köln erbärmlich in die Büsche schlägt, würde es in Bayern nicht geben.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt aber auch, dass man der Polizei ausreichend Personal, Sachausstattung und vor allem das rechtliche Instrumentarium an die Hand gibt. Genau beim Thema "rechtliche Befugnisse" kommt es zum Schwur. Hier unterscheiden sich die Sonntagsreden von echter und nachhaltiger Innenpolitik. Auch noch so viele und noch so gut ausgestattete Beamte werden nichts ausrichten, wenn man sie ihre Arbeit nicht machen lässt, indem man ihnen entweder die rechtlichen Befugnisse vorenthält oder man sie laufend unter Generalverdacht stellt.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN stellen sich gegen die Verschärfung verschiedener Dinge; Kollegin Guttenberger hat es eben schon ausgeführt. Sie stellen sich gegen die Verschärfung des Vermummungsverbots, gegen digitale Spurensicherung, gegen Videoüberwachung, gegen die Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten, gegen Fluggastdatenspeicherung und viele andere wichtige Maßnahmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Misstrauen statt Vertrauen – das ist die zweifelhafte Einstellung der GRÜNEN gegenüber den Polizeibehörden. Dies wird seit Jahren immer wieder deutlich. Ständig und überall wittern sie Fehlverhalten. Die GRÜNEN fordern unablässig eine unabhängige Stelle zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten, obwohl die Herausforderung nicht Polizeigewalt, sondern Gewalt gegen Polizeibeamte lautet. Die Antwort der GRÜNEN hierauf ist Schweigen. Insbesondere die Bundestagsvizepräsidentin schweigt, die an einer Demonstration teilnimmt, an der auch die gewaltbereiten Chaoten des Schwarzen Blocks mitmarschieren. Das kann ja einmal passieren, wird man vielleicht sagen. Dass man sich aber anschließend nicht einmal von den übelsten Parolen distanziert, ist der eigentliche Skandal.

Im letzten Landtagswahlprogramm forderten die GRÜNEN die Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz und das Verbot von V-Leuten. Eine Stärkung des Verfassungsschutzes ist dies eben nicht, sondern sicherheitspolitische Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Ein grüner Dauerbrenner ist die Forderung nach der individuellen Kennzeichnungspflicht für Beamte. Die GRÜNEN in Fürth unterstellten der Polizei 2015 nach einer Demonstration die Unterstützung von Rechtsextremisten, und den erfolgreichen Polizeieinsatz beim G-7-Gipfel in Elmau bezeichneten die GRÜNEN als Sicherheits-Overkill. Wer so über die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten denkt, wer die Polizistinnen und Polizisten mit Hunderten von scheinheiligen Landtagsanfragen nervt, der braucht nicht Interesse an den Herausforderungen moderner Polizeiarbeit zu heucheln.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Ein grüner Polizeikongress hilft den bayerischen – –

(Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote und Thomas Mütze (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, warten Sie einen Moment, bis hier wieder Ruhe einkehrt.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Ich verstehe natürlich die Empörung.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das Alleinstellungsmerkmal haben Sie schon lange verloren, Herr Kollege!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich denke, Herr Kollege, jetzt reicht es. – Herr Kollege Herrmann, ich regele das schon. Sie brauchen das nicht zu machen, Herr Kollege Herrmann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Herr Kollege Mütze, ich bitte doch. Sie wissen, wo Sie sich hier aufhalten.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Wir halten uns hier im Bayerischen Landtag auf!)

Herr Kollege Mütze, ich würde Sie bitten, jetzt Ihre Zwischenrufe zu beenden. Es sind genügend gewesen. – Bitte, Herr Kollege Dr. Herrmann, fahren Sie fort.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich verstehe die Aufregung, weil wir offenbar einen sehr wunden Punkt getroffen haben. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ging es nicht um Wohnungseinbrüche?)

Ein grüner Polizeikongress hilft bayerischen Polizisten auch nicht weiter. Ein grüner Polizeikongress – das wäre so ähnlich, wie wenn der Verband der Ziegenböcke einen Gärtnereikongress abhalten würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Auch ein Wolf im Schafspelz bleibt immer noch ein Wolf.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere Polizei arbeitet exzellent und oft auch über das hinaus, was man erwarten kann.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die Polizei arbeitet gut; Sie nicht! – Gegenruf von der CSU: Das müssen Sie ja nicht beurteilen!)

– Das ist schön, Frau Gote.

Wir reagieren jedenfalls auf die Herausforderung, sei es Wohnungseinbruch, sei es Extremismus, Terrorismus oder Cybercrime, indem wir die Polizei gerade auch personell stärken. Ich kann nur sagen: Seit 2009 haben wir fast 2.500 neue Stellen, 2.000 neue Ausbildungsstellen, und bis 2025 sind bei der bayerischen Polizei weitere 10.000 Einstellungen vorgesehen. Mit den 41.000 Beamtinnen und Beamten haben wir den höchsten Stand an Polizeibeamten in den letzten 70 Jahren, also in der siebenzigjährigen Geschichte der bayerischen Polizei. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen, meine Damen und Herren, bevor wir kluge oder in der Regel nicht ganz so kluge Ratschläge bekommen. Dazu kommen Stellenhebungsprogramme und die Tatsache, dass die Beamtenbesoldung in Bayern generell besser ist als in den anderen Ländern und im Bund. Den Menschen in Bayern geht es besser, wenn wir unsere Polizei so stärken, wie wir das tun.

Wir stärken die Polizei auch hinsichtlich ihrer Ausstattung. Die Ausstattung haben wir gerade in den letzten Jahren aufgrund neuer Herausforderungen verstärken müssen. Aber auch diesbezüglich steht die Mehrheit im Haus, steht die CSU-Fraktion, steht die Staatsregierung nicht nur mit Worten, sondern eben auch mit Taten und mit enormem finanziellen Engagement hinter ihrer Polizei.

Schließlich – das halte ich auch für einen ganz wichtigen Punkt – spüren die Menschen die Erfolge der Polizei. Auch die Entlastungen bei den Wohnungseinbrüchen spüren die Menschen. Das ist auch der Grund, warum wir eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema abhalten: Damit man der Unsicherheit, die man bei vielen Gesprächen gerade im Zusammenhang mit Einbrüchen spürt, entgegenwirken und sagen kann, dass etwas getan wird und dass dies auch Erfolge zeitigt und greift. Man kann sich darauf auch verlassen. Dies gilt für die Arbeit der Polizei insgesamt. Die Polizei hat in der Bevölkerung einen großen Rückhalt. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Polizei, das wir anderswo nicht haben.

Deshalb kann man nur sagen: Mit ihren hervorragenden Leistungen tragen die Polizistinnen und Polizisten entscheidend dazu bei, dass wir in Bayern seit Jahren einen Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit in Deutschland einnehmen. Daher stehen wir für eine konsequente Politik der inneren Sicherheit: Konsequenz in der Klarheit, was Recht und Unrecht betrifft, Konsequenz in der Deeskalation durch Stärke, Konsequenz in der personellen und sachlichen Ausstattung der Beamten und Konsequenz beim Rückhalt in der Politik – jedenfalls in der CSU-Landtagsfraktion – und in der Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Freiheit braucht Sicherheit, meine Damen und Herren, und Sicherheit braucht genau jene engagierten Beamtinnen und Beamten, die wir in Bayern haben, denen wir danken und auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass das Hohe Haus heute diese zweifellos wichtige Frage diskutiert, eine wichtige Frage für das Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Land. Die Bilanz hinsichtlich des vergangenen Jahres ist in der Tat zwiespältig: Zum einen sind wir in der Tat stolz darauf, dass wir weiterhin in Deutschland das Land mit der mit Abstand niedrigsten Kriminalitätsrate sind. Dies gilt eben auch für Wohnungseinbruchsdiebstähle. Wir hatten im Jahr 2014 eine Häufigkeitsziffer – also von Straftaten je 100.000 Einwohner – von rund 65 Einbruchsdiebstählen je 100.000 Einwohner. Diese ist auf 59 je 100.000 Einwohner zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist in Nordrhein-Westfalen die Häufigkeitsziffer, die 2014 noch bei 300 Einbrüchen je 100.000 Einwohner lag, auf 354 gestiegen. Dort gab es also nicht einen leichten Rückgang, sondern einen weiteren deutlichen Anstieg. Ich vergleiche

dabei nicht Äpfel mit Birnen; ich vergleiche nicht Bayern mit dem Saarland oder Bremen, sondern ich vergleiche Bayern mit Nordrhein-Westfalen. Die Häufigkeitsziffer ist in Nordrhein-Westfalen sechsmal so hoch wie in Bayern. Das zeigt schon den qualitativen Unterschied bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen leider feststellen: In vielen anderen Bundesländern bedeutet Rot-Grün Unsicherheit!

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ganz deutlich: Wir sind mit unseren Erfolgen keineswegs zufrieden. Wir wollen uns darauf nicht ausruhen. Wir wollen den Kampf gegen die Kriminalität fortsetzen. Deshalb ist es wichtig, dass wir weitere konkrete Fortschritte erzielen. Ich wäre dankbar, wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause dabei mitmachen. Wir brauchen zum Beispiel eine noch engere Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern. Im letzten Jahr ist das Land Baden-Württemberg von sich aus auf uns zugekommen, da dort gesehen wurde, dass Bayern bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls besonders aktiv und auch erfolgreich ist. Deshalb will das Land Baden-Württemberg mit uns zusammenarbeiten. Wir haben im vergangenen Jahr eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Inzwischen sind weitere Länder auf uns zugekommen. Ich habe vor diesen Ländern einen großen Respekt. Das SPD-regierte Rheinland-Pfalz kam auf uns zu und wollte sich an dieser Kooperationsvereinbarung beteiligen. Auch das Land Hessen will sich daran beteiligen. Übermorgen werden wir diese Vereinbarung auf der Innenministerkonferenz im Saarland erweitern, sodass künftig neben Bayern und Baden-Württemberg auch Rheinland-Pfalz und Hessen dabei sein werden. Gleichzeitig haben wir beschlossen, die Kooperation mit Sachsen weiter zu verstärken. Ich denke, es spricht für sich, dass so viele Länder gerade mit Bayern eng zusammenarbeiten wollen, weil sie erkannt haben, dass Bayern bei diesem Problem ein überzeugendes Konzept hat.

Wir verfolgen auch das Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken. In der Debatte wurde es soeben zu Recht angesprochen: Wir haben einen enorm hohen Anteil ausländischer Straftäter in diesem Kriminalitätsbereich. Herr Kollege Gantzer, ich bin dankbar, dass Sie dieses Problem, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ganz deutlich beim Namen genannt haben. Wenn ich die bundesweite Diskussion über die Höhe des Anteils ausländischer Staatsangehöriger bei der Begehung von Straftaten in unserem Land betrachte, stelle ich fest, dass die Bereitschaft bei einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, darüber auch nur zu reden, sehr gering ausgeprägt ist. Sie müssen einmal sagen: Ja, wir haben hier ein Problem. – Hier geht es nicht nur um Migranten in unserem Land. Hier geht es um grenzüberschreitende Kriminalität, um Einbrecherbanden aus Osteuropa, die in unser Land kommen. Dieses Problem muss einmal beim Namen genannt werden.

Wir ziehen daraus den Schluss, dass wir bessere Grenzkontrollen benötigen. Wir halten es nicht für in Ordnung, dass die EU-Außengrenzen nicht hinreichend kontrolliert werden. Wir brauchen mehr Schleierfahndung. Vor zwei Jahren habe ich erlebt, dass die SPD-Kollegen auf der Innenministerkonferenz dazu eine Null-Ansage gemacht haben. Sie haben sich geweigert, sich dieses Themas anzunehmen. Alle SPD-Kollegen haben es abgelehnt, über die Schleierfahndung zu reden. Es nützt doch nichts, wenn wir die Schleierfahndung nur in Bayern durchführen! Sie muss in allen Bundesländern konsequent durchgeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gantzer, ich verspreche Ihnen, dass ich dieses Thema bei der IMK im Saarland wieder ansprechen werde. Erfreulicherweise gibt es jetzt, mit einem Verzug von zwei Jahren – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr Kollege von Brunn, wenn Sie mir konzentriert zuhören würden, wäre das wunderbar. Sie beschwerten sich darüber, dass ich zu laut rede, und drehen sich dann um, um selber mit anderen zu reden. Entweder – oder!

Ich werde dieses Thema bei der Innenministerkonferenz wieder zur Sprache bringen. Ich hoffe, dass im Gegensatz zu der Situation vor einem oder zwei Jahren jetzt auch andere SPD-regierte Bundesländer bereit sein werden, hier mitzumachen. Wir brauchen die Schleierfahndung. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sechsmal so hohe Einbruchszahlen wie Bayern. Deshalb können die Regierungen von Nordrhein-Westfalen und von Rheinland-Pfalz doch nicht sagen: Die Schleierfahndung braucht es in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz nicht! – So haben die Kollegen noch vor einem Jahr gesprochen. Es ist höchste Zeit, dass ganz Deutschland begreift, dass hier ein Umdenken notwendig ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zu den rechtspolitischen Maßnahmen, die Herr Kollege Dr. Herrmann und Frau Kollegin Guttenberger gerade angesprochen haben. Ich bin dem Justizminister dafür dankbar, dass er die Fragen, welche Veränderungen im Strafgesetzbuch und in der StPO vorgenommen werden müssen, bereits eingebracht hat. Ein Gesetzentwurf Bayerns lag im Bundesrat vor, wurde aber nicht in den Bundestag eingebracht. Die Aussage lautet ganz klar: Bei Diebstahl soll es keine minder schweren Fälle mehr geben. Gerade der schwere Bandendiebstahl soll nicht mehr als minder schwerer Fall betrachtet werden können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir brauchen die Möglichkeit, beim Wohnungseinbruchdiebstahl generell auf gespeicherte Mobilfunkdaten zuzugreifen. Mit diesem wichtigen Fahndungsinstrument kann festgestellt werden, welche Handys zum Zeitpunkt eines Einbruchs in der Nähe des Einbruchsortes eingeloggt waren. Diese Daten zu vergleichen ist gerade im Hinblick auf Serieneinbrecher sehr wichtig. Wenn am Tag zuvor woanders ein Einbruch stattge-

funden hat, kann man aus den Daten den Hinweis herausfiltern, dass beispielsweise in den letzten acht Tagen das gleiche Handy zufälligerweise fünfmal in der Nähe eines Einbruchsortes eingeloggt war. Dann kann man überprüfen, ob es sich beim Inhaber dieses Handys um einen Verdächtigen handelt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiges Instrument. Wenn gesagt wird, die Erfolgsquote bei den Ermittlungen ist noch zu niedrig, in der Fahndung haben wir noch zu wenige Treffer, dann müssen wir gemeinsam daran arbeiten, mehr Fahndungserfolge zu erzielen. Hierfür liegen die Vorschläge der Praktiker auf dem Tisch. Aber leider ist es wieder der Herr Bundesjustizminister, der sich strikt weigert, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Er lehnt es strikt ab, dieses Thema anzupacken. Deshalb werden wir nicht locker lassen. Darüber muss geredet werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen nicht nur theoretisch sagen: Wir müssen Einbruchdiebstähle bekämpfen. Wir müssen vielmehr konkret an diesem Thema arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir sind dankbar für die großartige Arbeit unserer bayerischen Polizei. Aber angesichts der Herausforderungen, die wir im Inland feststellen, etwa bei der grenzüberschreitenden Kriminalität, und auch der Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus müssen wir uns noch stärker aufstellen und brauchen eine noch stärkere Polizei. Ich hoffe hier, einen breiten Konsens zu erzielen. Ich denke an die gestrigen Nachrichten aus Frankreich. Wir müssen uns in den nächsten Wochen und Monaten damit beschäftigen, die bayerische Polizei weiter auszubauen, damit die Menschen in Bayern auch in Zukunft noch sicherer leben können. Trotz der großen Herausforderungen im Inland und im Ausland soll sich die Sicherheitslage nicht verschlechtern. Deswegen werde ich diesem Hohen Haus bald entsprechende Vorschläge zur weiteren Verstärkung unserer Polizei vorlegen.

Ich sage der bayerischen Polizei, allen Kolleginnen und Kollegen ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir auch im vergangenen Jahr wieder das Land mit der höchsten Sicherheit in Deutschland waren. Das ist auch dem großartigen Engagement unserer Polizeibeamtinnen und -beamten zu verdanken. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.